

Hochsaison fürs Verfallsdatum

Das Josefslädchen verkauft zu günstigen Preisen Lebensmittel, die nicht mehr lange haltbar sind. Auch in Bamberg gibt es immer mehr Menschen, die darauf angewiesen sind – der zunehmende Andrang muss mittlerweile reguliert werden. Doch wer im Josefslädchen einkauft, wird trotzdem nicht als Almosenempfänger, sondern als Kunde oder Kundin empfangen.

7,90 Euro hat der Wocheneinkauf von Olga Merkel gekostet. Mit zwei randvoll gefüllten Stofftaschen bahnt sie sich den Weg nach draußen. Vorbei an einer Menschentraube, die sich hier jeden Tag bildet. Denn das Josefslädchen in der gleichnamigen Straße öffnet nur für zwei Stunden. Und wer zu spät kommt, den bestrafen leer geräumte Regale.

Weil der Andrang auf die 1999 gegründete Einrichtung der Caritas stetig zunimmt, wurde für die Kunden inzwischen ein Farbsystem eingeführt. So dürfen in dieser Woche die Inhaber von Kundenkarten mit blauem Punkt in der ersten Stunde einkaufen, in der nächsten Woche sind dann die Inhaber von Karten mit rotem Punkt zu-



Armut kennt in Bamberg viele Schicksale. Einmal täglich bildet sich vor dem Josefslädchen eine Menschentraube.

Fotos: mac

erst an der Reihe. Allein im vergangenen Jahr hätten sich 100 Bedürftige neu um eine der begehrten Kunden-

karten bemüht, berichtet Jutta Kutnyak, Geschäftsführerin des Caritasverbands Bamberg-Land.

Die inzwischen mehr als 1.000 Kunden müssen nachweisen, dass ihr Einkommen höchstens 30 Prozent über dem Hartz-IV-Regelsatz liegt. Darunter seien viele, die keine staatlichen Sozialleistungen in Anspruch nehmen. „Sie schämen sich, ihre Notlage zu zeigen, aber dem Staat wollen sie nicht zur Last fallen“, sagt Kutnyak. Über das Josefslädchen seien diese Menschen leichter zu erreichen als an einem Behördenschreibtisch. „Sie sollen sich bei uns bewusst als Kunden empfinden und nicht als Almosenempfänger“, betont Kutnyak. Denn die Waren im Josefslädchen sind günstig, aber nicht gratis.

Das Sortiment enthält alle Artikel des täglichen Bedarfs „mit hoher Sättigung“ wie Brot, Brötchen, Butter, Ge-

müse, Fertiggerichte, Milch, Yoghurts, Obst, Konserven, Anfangsmilch für Erstgeborene, aber auch den beliebten russischen Zupfkuchen und Schulbedarf wie Hefte, Stifte oder einen Malkasten. Die (Auslauf)Waren stammen aus rund 30 Bäckereien, Supermärkten und Gärtnereien in Bamberg und Umgebung, die das Team des Josefslädchens einmal am Tag anfährt. Kutnyak dankt diesen Firmen ausdrücklich, wünscht sich aber angesichts der steigenden Nachfrage, dass sich weitere Betriebe an dem Projekt beteiligen. „Vielleicht gibt sich der ein oder andere Geschäftsführer einen Ruck und spendet seine Ware vom Vortag oder nahe dem Verfallsdatum.“

Drei Viertel der Kundschaft sind Frauen – Alleinerziehende, Alte oder mit vielen Kindern, aber ohne ausreichendes Einkommen. Die große Mehrzahl Russlanddeutsche oder Türken, wie Maria Bäuerlein erklärt, die am Eingang die Kundenkarten kontrolliert und dafür sorgt, dass der Verkauf in geordneten Bahnen verläuft.

Die Preise sind niedrig und richten sich nach dem Haltbarkeitsdatum. Je näher dieses rückt, desto billiger die Produkte. Die Brötchen kosten zehn Cent. Was am oder knapp über dem Verfallsdatum liegt, wird gratis abgegeben. „Aber erst, wenn der Kunde seinen Einkauf getätigt hat“, betont Bäuerlein.

„Jetzt reicht’s aber!“ ruft die Seniorin einer Kundin zu, die in ihren Augen zu viel von der Gratisware in ihre Taschen packt. Manchmal müsse sie resolut durchgreifen, denn es gehe nicht immer zimperlich zu. Auch Hausverbote hätten schon ausgesprochen werden müssen. „Einer hat gestohlen, eine hat andere beleidigt und gegen die Verkäufer gehetzt.“ Not macht oft auch aggressiv.

mac



Arbeit schützt vor Armut nicht

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland sinkt, und erfreulicherweise tut sie das auch in Bamberg. Zwar ist die Zahl der Hartz-IV-Empfänger im Stadtgebiet nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) von August 2006 bis August 2007 von 2149 auf 1766 gesunken, doch rund 410 Personen von diesen erhalten ergänzende Hartz-IV-Leistungen, das heißt ihr Lohn oder ihre Rente liegen unter dem Existenzminimum und müssen mit Sozialgeld „aufgestockt“ werden.

„In Arbeit zu sein, heißt heute nicht mehr, vor Armut geschützt zu sein“, betont DGB-Kreisvorsitzender Werner Schnabel. Neben vielen Älteren, die sich nach jahrelanger erfolgloser Jobsuche frustriert völlig aus dem System abmelden, seien viele Jobsuchende von der Arbeitslosigkeit in so genann-

te prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Mini- (400 Euro) und Midijobs (400 bis 800 Euro) oder in Leiharbeitsverhältnisse „ohne Tarifbezahlung und Perspektive“ gewechselt.

Vor allem diese Praxis der Leiharbeit nutzten einige Branchen aus, um sich mit Dumpinglöhnen auf dem Markt Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, kritisiert Schnabel. So seien bei den Wertstoffsammlungen in Bamberg Leiharbeiter für drei Euro pro Stunde im Einsatz. „Man hat die Leiharbeit regelrecht entfesselt und zu einem Dauerzustand gemacht, aber dafür war sie nicht gedacht, sondern um vorübergehend Produktionsengpässe aufzufangen“, betont der Gewerkschafter.

Gut vier Jahre nach der von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD)

gestarteten Agenda 2010 sei die Leiharbeit zu einem „Angriff auf die Stammebelegschaft“ geworden, meint Schnabel. Große Autohersteller wie Volkswagen bedienten sich inzwischen ihrer eigenen Verleihfirmen und leihen sich die vormals fest angestellten Mitarbeiter selbst aus – zu niedrigeren Tarifen und schlechterem Kündigungs- und Vorsorgeschutz. Dabei will Schnabel die Leiharbeit nicht grundsätzlich verurteilen. „Leiharbeit hat ihren Sinn – aber nicht, wenn es dabei nur Niedriglöhner gibt.“ In Frankreich etwa lägen die Gehälter für Leiharbeiter um zehn Prozent über jenen der Stammebelegschaft – als Ausgleich für die Privilegien fest angestellter Mitarbeiter wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, betriebliche Altersvorsorge und Kündigungsschutz.

mac

I N H A L T

Bierbrauen mit ätzendem Beigeschmack

Abwässer der Kaiserdom-Privatbrauerei schädigen seit Jahren das Gaustadter Kanalsystem.

Seite 2

Politische Argumente statt Prominenz

Die GAL hat ihre Liste für die Kommunalwahl 2008 aufgestellt. 44 KandidatInnen gehen ins Rennen.

Seite 3

Messungen ohne Ende

Statt konkret gegen die Feinstaub-Belastung der Stadt vorzugehen, werden immer neue Messungen vorgenommen.

Seite 4

Viele Parkplätze sind fehl am Platz

600.000 Euro wurden in ein Parkleitsystem investiert, das kaum jemand nutzt. Preisgünstige Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Innenstadt warten aber seit Jahren auf ihre Umsetzung.

Seite 5

Kartoffeln schälen in der Demenz-WG

Im Gespräch mit Silke Kastner und Anja Münzel, die eine Demenz-WG in Bamberg gründen wollen.

Seite 6

Geschlechterkampf ums Geld?

Wenn Männer lieber Straßen bauen und Frauen mehr VHS-Kurse besuchen, sind das Fälle für „Gender-Budgeting“.

Seite 7

Die mageren Jahre sind vorbei!

Die Grüne Jugend Bamberg ist wieder aktiv.

Seite 8

NPD in Oberfranken – Was tun gegen den braunen „Dumpf“?



Die Grüne Jugend Oberfranken im Sommer 2007 bei einer Demo gegen Rechts in Wunsiedel.

Foto: Stephan Clemens

In den vergangenen Monaten zeigte die NPD verstärkt Präsenz in Oberfranken. Nicht nur in der kleinen Stadt Gräfenberg, deren Kriegerdenkmal seit 1999 alljährlich zum Ziel vieler neonazistischer Aufmärsche wird, erreichte die Häufigkeit rechtsradikaler Veranstaltungen in diesem Jahr einen Höhepunkt.

Auch in Bamberg bemüht sich die NPD intensiv um die Aufmerksamkeit potentieller Wähler: Man versuchte die Konzert- und Kongresshalle für einen Parteitag mit etwa 300 geladenen Gästen zu buchen. Dies konnte in einer zweistufigen juristischen Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht und anschließend dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München mit der Begründung verhindert werden, dass die Halle an besagtem Termin wegen des „Tags der offenen Tür“ grundsätzlich nicht für Veranstaltungen zur Verfü-

gung stehe. In der Natur dieses Arguments liegt allerdings logischerweise, dass es nur einmal zieht und sich nicht beliebig einsetzen lässt. Die NPD kann jederzeit eine neue Anfrage stellen.

Große Politik- und Demokratieverdrossenheit, sowie geschickte Agitation seitens der NPD haben dazu geführt, dass diese Partei in den vergangenen Jahren diverse Wahlerfolge, auch auf Länderebene, feiern konnte. Oft bieten neofaschistische Organisationen ein abwechslungsreiches „Jugendfreizeitprogramm“ an, engagieren sich in Vereinen und Bürgerinitiativen und bedienen sich moderner Propaganda-Strategien. Rechtsextremistische Ideologien gewinnen besonders dort an Bedeutung, wo soziale Not und Arbeitslosigkeit herrschen.

Was kann man also tun? Naheliegender scheint ein NPD-Verbot zu sein, zumal die-

se „Lösung“ aufgrund der aktuellen Petition „NPD-Verbot jetzt!“ der VVN-BdA in aller Munde ist. Mit einem Verbot verlöre die NPD ihren Status als legale Partei und somit das Recht auf staatliche Parteienfinanzierung und den Schutz ihrer Veranstaltungen. Ihre Organisationsstruktur wäre zerschlagen und nur schwer und dann auch noch illegal im Untergrund wieder aufzubauen. Ein Verbot würde außerdem MitläuferInnen abschrecken und der NPD einen Großteil ihres Zulaufs entziehen.

Auf der anderen Seite kann man Gedanken und Ideologien nicht verbieten. „Entledigt“ man sich der Partei, bleibt das eigentliche Problem dennoch bestehen. Ein Verbot zieht nach sich, dass die Bevölkerung die Problematik nicht mehr vor Augen geführt bekommt, man stützt sich auf die Nicht-Existenz der NPD und schwächt

somit die Zivilcourage, wie zum Beispiel Bürgerinitiativen in Gräfenberg oder Bamberg. Man stärkt womöglich noch die Solidarität rechtsextremistischer KameradInnen, denn nun kommt auch noch der Reiz des Verbotenen hinzu.

Unabhängig von der Frage „Verbot oder nicht?“ ist es aber notwendig, die tiefer liegenden Ursachen konkret zu erforschen und vor Ort zu bekämpfen.

Eine demokratische Kul-

tur kann nicht hinnehmen, dass Jugendliche sich aus Frust oder Langeweile einer neonazistischen Partei zuwenden, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder Religion in Gefahr schweben, dass rechtes Gedankengut mittlerweile schon in der Mitte der Gesellschaft angelangt ist.

Aufklärung, Zivilcourage und Engagement aller demokratischen Parteien ist gefordert. „Braune“ Themen und Politik-

felder müssen von ihnen besetzt und auf eine intelligente, Demokratie stützende Weise angegangen werden.

Die NPD ist ernst zu nehmen, aber nicht überzubewerten! In erster Linie ist es an uns, soziale Ausgrenzung zu verhindern, als Kommune Plätze für Jugendliche zu schaffen, aufzuklären und gegen rechtsextremistisches Gedankengut anzukämpfen.

doro

Bierbrauen mit ätzendem Beigeschmack

Abwässer der Kaiserdom-Privatbrauerei schädigen seit Jahren das Gaustadter Kanalsystem

Bierbrauen kann echt ätzend sein. Nicht das prickelnd-frische Endprodukt natürlich, das vielen Bamberger BierfreundInnen wohlthuend durch die Kehle rinnt. Aber die Abwässer bei der Bierherstellung haben's echt in sich. Das bekommt seit Jahren das Kanalnetz in Gaustadt zu spüren, an das die Kaiserdom-Privatbrauerei angeschlossen ist.

Seit langem stellen die laugen- und säurehaltigen Abwässer von Kaiserdom ein massives Problem für die Rohrleitungen des Kanalsystems dar. Die laut der Bamberger Entwässerungsatzung zulässigen pH-Werte zwischen 6,5 und 9,5 werden

Kosten. Der Reparaturbedarf in der Breitackerstraße war der Firma eindeutig zuzuweisen, da sie die einzige Einleiterin ist. Doch das Kaiserdom-Abwasser fließt anschließend weiter ins Gaustadter Kanalsystem, wo es sich zwar mit Abwässern aus anderen Haushalten mischt, aber dennoch mit seiner hohen Säure- und Laugenkonzentration noch Schäden anrichten kann. Diese sind aber nicht mehr eindeutig zuordenbar und sind somit vom EBB selbst zu tragen – sprich von den Gebührenzahlern.

Aber nicht nur Rohre unter der Erde leiden, auch das Betriebspersonal des EBB ist

zwischen Brauerei- und EBB-Vertretern erörtert, aber bis dato nicht umgesetzt. Von Seiten der Stadtspitze war bisher wenig Druck zu spüren und auch die Öffentlichkeit wurde nicht informiert. Die Firma der Familie Wörner gilt als wichtiger Faktor am Wirtschaftsstandort Bamberg und soll wohl nicht verprellt werden.

Im Januar 2007 stellte die GAL-Stadtratsfraktion – die über Umwege von dem Sachverhalt erfahren hatte – einen Antrag auf Sachstandsbericht im Stadtrat. Seither tut sich etwas, wenn auch nicht gerade schwungvoll. Auf Druck der Stadt hat Kaiserdom nun von



Kaiserdom-Brauerei in Gaustadt

Foto: privat

GAL liges Rathausjuristen prüfen 24 Wörter pro Tag

Die GAL ist ja bekannt dafür, dass sie die Stadtverwaltung mit ihren Anträgen immer wieder auf Trab hält, aber ein Antrag der GAL vom Februar 2005 scheint alles bisher dagewesene in den Schatten zu stellen. Die GAL bezieht sich darin auf ein damals aktuelles Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg, bei dem es darum ging, dass Aufsichtsratssitzungen von städtischen GmbHs in Teilen auch öffentlich stattfinden können. Ein Anliegen, das die GAL hat, seit die Stadt immer mehr Betriebe privatisiert und somit politisch wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen fallen.

Bis heute ist die Rechtsabteilung im Rathaus dabei, zu prüfen, ob das Urteil für Bamberg Relevanz hat – seit mehr als 19 Monaten also. Das sind über 418 Arbeitstage. Bei dem vorliegenden Urteilstext mit 10.240 Wörtern kommt man damit auf immerhin 24 geprüfte Wörter pro Arbeitstag. Wir alle wissen, wie spitzfindig und interpretationsfähig Juristendeutsch ist – da kommt es auf jede Silbe und jedes Komma an. Eine beachtliche Leistung also!

Zumal seither noch ein Revisionsurteil hinzukam, und eine Stellungnahme des Bayerischen Innenministeriums, wie OB Starke auf Nachfrage der GAL antwortete. Deshalb sei auch ein „umfassender Konsultations- und Diskussionsprozess unter Einschaltung der Geschäftsführer, der Werkleitung und des Vorstandes der städtischen Teilnehmungsunternehmen“ nötig. Noch mehr Köpfe brüten also Tag für Tag, Rauchwolken um ihre Köpfe sammelnd, über dem überaus komplexen Thema.

Währenddessen werden unverändert wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Stadt in den GmbHs vorgenommen – weiterhin von den Nebelschwadern der Verschwiegenheit und Nichtöffentlichkeit verdeckt. Und während der Oberbürgermeister sich in publikumswirksamen Reden für mehr Transparenz im Rathaus stark macht, basteln seine Verwaltungsrechtsexperten wohl an einer juristisch eleganten Begründung dafür, dass man beim Regensburger Gericht ja nicht Bamberg gemeint haben kann. Ein Schuft, wer Böses dabei denkt ...

sys

einem Expertenbüro einen Sanierungsplan ausarbeiten lassen, der nach einigen Nachbesserungen vom EBB akzeptiert wurde. In der produktionsarmen Zeit ab November 2007 soll auf dem Kaiserdom-Grundstück ein Verbindungskanal gebaut werden, um die basischen und sauren Abwässer zu neutralisieren. Ab Januar will der EBB kontrollieren, ob damit das Ziel erreicht wird, die pH-Grenzwerte einzuhalten. Die GAL gibt die Hoffnung nicht auf, dass sich die Situation nun endlich verbessern wird, und bleibt am Ball.

sys

Politische Argumente statt Prominenz



Foto: Erich Weiß

Ein Teil der GAL-KandidatInnen vor dem Rathaus am Maxplatz.
Auf der Treppe von links: Gertrud Leumer, Claudia Becker, Petra Wenzl, Carsten Jonas, Herbert Mackert, Anna Friedrich (davor – leider noch nicht auf der Liste – Jonathan Friedrich), Miriam Friedrich, Charlotte Flügel, Georg Zenk, Karin Abt (auf dem Arm Emily), Stephan Link, Dorothea Schoppek, Sylvia Schaible, Evelyn Neukum, Uwe Röschlaub, Martin Stübinger.
Unten von links: Wolfgang Metzner, Florian Reichl, Andreas Reuß, Ulrike Heucken, Kiki Laaser, Besaret Penzkofer, Ursula Sowa, Wolfgang Grader, Ralph Wnendt

Im Oktober stellte die GAL ihre Liste für die Kommunalwahlen im März 2008 auf. Dabei setzte die GAL vor allem auf politische Inhalte und das Engagement der KandidatInnen und hebt sich damit von der Strategie vieler anderer Listen ab, durch prominente Gesichter um Wählerstimmen zu buhlen. Natürlich ist die grün-alterna-

tive Liste wie immer quotiert, d.h. auf ungeraden Plätzen sind Frauen, auf geraden Männer gesetzt, und offen für Nicht-Parteimitglieder.

Erstmals bei einer Stadtratswahl sind jedoch die vorderen Listenplätze der GAL nicht gehäufelt (die vorderen BewerberInnen besetzen also nicht zwei oder drei Listenplätze, sondern

jeweils nur einen), so dass tatsächlich insgesamt 44 KandidatInnen für die GAL ins Rennen gehen. Auf diese Weise kann also durch Kumulieren (jede/r WählerIn kann bei der Wahl einer/m Kandidat/in bis zu drei Stimmen geben) noch einiges auf der Liste durcheinandergewirbelt werden. Die Wahl bleibt spannend – auch bei der GAL.

○ GAL-Liste Kommunalwahl 2008

- | | | |
|------------------------|----------------------------|---------------------------|
| ○ 1 Ursula Sowa | ○ 16 Uwe Röschlaub | ○ 31 Claudia Leisenheimer |
| ○ 2 Wolfgang Grader | ○ 17 Karen Stein | ○ 32 Harald Rink |
| ○ 3 Ulrike Heucken | ○ 18 Wilhelm Schubert | ○ 33 Charlotte Flügel |
| ○ 4 Ralph Wnendt | ○ 19 Ilse Kolb | ○ 34 Gerhard Nunner |
| ○ 5 Kiki Laaser | ○ 20 Bastian Coburger | ○ 35 Evelyn Neukum |
| ○ 6 Andreas Reuß | ○ 21 Petra Wenzl | ○ 36 Florian Reichl |
| ○ 7 Besaret Penzkofer | ○ 22 Carsten Jonas | ○ 37 Simone Mattstedt |
| ○ 8 Wolfgang Metzner | ○ 23 Gertrud Eiselen | ○ 38 Christian Irmisch |
| ○ 9 Greti Steinmüller | ○ 24 Martin Stübinger | ○ 39 Annerose Baum |
| ○ 10 Dr. Roland Kaisik | ○ 25 Miriam Friedrich | ○ 40 Georg Zenk |
| ○ 11 Karin Abt | ○ 26 Erich Spranger | ○ 41 Gisela Filkorn |
| ○ 12 Herbert Mackert | ○ 27 Dorothea Schoppek | ○ 42 Ralf Dischinger |
| ○ 13 Anna Friedrich | ○ 28 Prof. Dr. Helmut Pape | ○ 43 Gertrud Leumer |
| ○ 14 Dr. Stephan Link | ○ 29 Claudia Becker | ○ 44 Peter Gack |
| ○ 15 Sylvia Schaible | ○ 30 Christoph Götschel | |

*Brief
ans Rathaus*

GAL
Stadtratsfraktion

Betreff: FC Eintracht-Fußballtrainer
Christoph Starke auf der SPD-Stadtratsliste

Bamberg, im November 2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Andi,

oleee ole ole oleeeee!

Hey, jetzt wird in deiner SPD aber so richtig gepunktet, oder? Das hat mit Politik zwar nicht mehr so viel zu tun, aber Hauptsache: Tore schießen, äh, Wählerstimmen fangen. Da kommt es auf Eigengewächse und verdiente Parteiarbeiter aus der SPD-Liga weniger an, da kauft man sich besser einen Rasen-Star ein und hofft, dass der dann in den Wahlkabinen im nächsten März kräftig müllert.

Okay, okay, ist ja nicht so, dass der Christoph keine Qualitäten vorweisen könnte. Genetische Qualität hat er allemal – als Bruder vom Oberbürgermeister! Man könnte schon fast sagen Gen-ialität – oder Kon-Genialität, wenn er weiterhin brav die politische Trainerrolle dir überlässt, gell, Andi?

Aber, unter uns, hat deine SPD diesen Joker echt so dringend nötig? Wirklich so eine Gurkentruppe? Von wegen „schwach wie Flasche leer“? Na, dann wünschen wir dir mal, dass der Christoph noch mächtig was abstaubt vorm Tor, kein Eigentor schießt und seine Schwalben glaubwürdig markiert.

Wie sagte Otto Rehagel so schön? „Mal verliert man und mal gewinnen die anderen.“ Eben!

Viele rote Stimmen, äh, rote Karten wünscht dir

Deine GAL Fraktioun

Prima Klima ohne Öl und Gas

Die GAL hat einen Masterplan „Energie und Klimaschutz“ aufgestellt. Bamberg könnte bis 2035 energieautark sein.

Bis zum Jahr 2037 will die niederbayerische Bezirkshauptstadt Landshut vollkommen energieautark sein – das heißt ihr Stadtgebiet vollständig durch erneuerbare Energien versorgen. Damit hat die erste kreisfreie Stadt in Bayern nach etlichen Gemeinden und Landkreisen wie Fürstentfeldbruck, Bad Tölz/Wolfratshausen, Miesbach, Starnberg oder Berchtesgadener Land einen 100-Prozent-Beschluss gefasst. Die GAL meint: ein gigantisch gutes Beispiel – und Vorbild für Stadt und Land Bamberg.

In einem Antrag vom 18. April des Jahres forderte die GAL-Stadtratsfraktion ebenfalls die Einführung und Umsetzung eines Masterplans „Energie und Klimaschutz“ mit dem Ziel einer 100-Prozent-Reduzierung und zwar – um noch ein bisschen ehrgeiziger als die Landshuter zu sein – sogar schon bis 2035. Dann sollen zusammen mit dem Landkreis Bamberg in kommunalen Liegenschaften und Anlagen keine fossilen Brennstoffe mehr ihre Kohlendioxid-Emissionen in die Luft blasen. Diese Selbstverpflichtung soll als Grundlag für alle künftigen Beschlüs-



se und Vorhaben der Stadt in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Bauen dienen und einmal im Jahr bilanziert werden.

Der acht Anträge umfassende Maßnahmenkatalog beginnt mit der Stadtverwaltung. Der städtische Fuhrpark könnte beispielsweise sukzessive auf pflanzenölbetriebene Fahrzeuge oder auf solche umgestellt werden,

die einen Abgasgrenzwert von höchstens 120 Gramm CO₂ pro gefahrenen Kilometer aufweisen. Städtische Mitarbeiter werden angehalten, für Dienstwege den ÖPNV, Fahrgemeinschaften oder das Jobticket zu nutzen. Durch eine verringerte Beleuchtungsintensität in den Nachtstunden soll bei der Straßenbeleuchtung gespart und in einem behördeninternen Wett-

bewerb jährlich das Amt mit der größten Reduzierung des CO₂-Ausstoßes belohnt werden. Außerdem soll sich die Stadtverwaltung verpflichten, weitestgehend Produkte regionaler Herkunft zu kaufen, um lange Lieferwege zu vermeiden.

Bei städtischen Liegenschaften soll nach dem Vorschlag der GAL der Bezug von Strom und Wärme auf regenerative

Energien beziehungsweise auf Kraft-Wärme-Kopplung (zum Beispiel auch zur Versorgung des ERBA-Geländes und weiterer neuer Baugebiete) aus den Netzen der Fernwärme GmbH oder des Zweckverbands Müllheizkraftwerk umgestellt werden. Besitzer denkmalgeschützter Gebäude sollen mit Architekturwettbewerben und finanziellen Zuschüssen dazu angeregt werden, ihre Häuser energetisch vorbildlich zu sanieren und damit zu Vorzeigebauwerken mit auch touristischer Anziehungskraft zu machen.

Weitere Maßnahmen sind eine energetisch modellhafte Bauleitplanung, die die Flächennutzungs- und Bebauungspläne als ökologisches Steuerungsinstrument einsetzt sowie eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Stadt – wenn nötig, auch durch Einführung einer City-Maut. Hierzu muss nach Meinung der GAL auch der im Jahr 2002 beschlossene Bamberger Verkehrsentwicklungsplan, der noch eine Zunahme des MIV um 20 Prozent beinhaltet, den neuen Erkenntnissen angepasst werden. Diesem Ziel dienen außerdem eine op-

timale Gestaltung des ÖPNV-Netzes mit einer besseren Integration des Umlands und einer verbesserten Anbindung der Stadtbusse an Bahn und Regionalbusse sowie ein gut markiertes Rad- und Fußwegenetz mit einer größeren Zahl an Fahrradabstellplätzen in der Innenstadt und an den ÖPNV-Haltestellen – vor allem am Bahnhof! Weitere Handlungsziele: Schaffung einer unabhängigen kommunalen Energieberatungsstelle für bau- und sanierungswillige Bürger, die Visualisierung des Strom-, Wasser- und Heizenergieverbrauchs an Schulen, um Schüler, Lehrer und Eltern für das Thema zu sensibilisieren, und die Etablierung eines Clusters „Regionale Wertschöpfung durch regenerative Energien“ durch Stadt und Regionalmanagement der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim (WIR). Denn vorsichtig gerechnet gehen durch den Import von Öl und Gas für Stadt und Landkreis Bamberg pro Jahr zwischen 140 und 180 Millionen Euro an Kaufkraft verloren – die beim Einsatz von regional erzeugten regenerativen Energien hier verbleiben könnten.

mac

Eine Messung ist eine Messung ist eine Messung

Während andere Städte beginnen zu handeln, wird in Bamberg Feinstaub vor allem gemessen statt bekämpft

Ein sensationelles Urteil fällt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im September. Zum Schutz vor gesundheitsschädlichem Feinstaub haben Anwohner stark befahrener Straßen einen Rechtsanspruch auf Schutzmaßnahmen wie Verkehrsbeschränkungen. Geklagt hatte der Geschäftsführer der bayerischen Grünen, Dieter Janeczek, der in München an einer der bundesweit am stärksten belasteten Straßen wohnt. Wie das Urteil nun tatsächlich umgesetzt wird, ist unklar.

Die Münchner Grünen fordern seit langem konkrete und wirksame Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung der MünchnerInnen – etwa ein generelles Tempolimit bei Überschreitung der Grenzwerte, autofreie Tage, Zufahrtsdosierung an der Stadtgrenze, Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in den Stadtteilzentren oder auch temporäre Sperren von Straßen zugunsten von Rad- und Fußverkehr.

Beschlossen wurde vom Münchner Stadtrat immerhin die Einführung einer Umweltzone im Stadtzentrum. Umweltzonen sind Gebiete, in denen nur Fahrzeuge fahren dürfen, wenn sie bestimmte Abgas-



Hauptquelle für Feinstaub: Autoauspuff.

Foto: Erich Weiß

Standards einhalten – sie werden mit Plaketten gekennzeichnet. Wagen mit hohen Emissionswerten, also Dieselfahrzeuge ohne Rußfilter und Wagen ohne Katalysator, dürfen nicht in die Umweltzonen.

Beispielsweise in Berlin, Schweinfurt oder Stuttgart sind solche Umweltzonen geplant. Allerdings verzögert sich das Unterfangen. Hintergrund sind Probleme der deutschen Städte

und Gemeinden, sich auf einheitliche Ausnahmeregelungen zu einigen, die möglichst und sinnvollerweise nicht in jeder Stadt anders gestaltet sein sollten. Als realistischer Termin für den Start der Umweltzone in München wird der Oktober 2008 anvisiert.

In Bayreuth werden Umweltzonen bisher nicht in Erwägung gezogen, aber ein vom Bayerischen Umweltministerium erstellter Luftreinhalteplan schlägt zahlreiche auf die Stadt abgestimmte Maßnahmen vor: von der Förderung des Radverkehrs, dem Einsatz von Erdgasbussen und Busbeschleunigung durch Ampelanlagen und Busspuren bis hin zur Empfehlung, Straßenneubau zu vermeiden.

Und Bamberg?

Schon mehrmals war Feinstaub das Thema im Bamberger Stadtrat, zuletzt aufgrund eines Antrags der GAL in diesem Jahr. Die Krux in Bamberg ist der Streit um Messergebnisse. Die Messstation des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz, die repräsentativ für die Feinstaubbelastung von ganz Bamberg sein soll, liegt seit langem an der Löwenbrücke beim Hallenbad – also an einer nicht allzu befahrenen Straße und direkt in der Frischluftschneise Rhein-Main-Donau-Kanal. Um brauchbarere Erkenntnisse für belastete Straßen in Bamberg zu gewinnen, hat die Stadt deshalb vor Ort mit einem mobilen

Messwagen eigene Messungen vorgenommen. Und die Ergebnisse zeigen: Auch in Bamberg werden höchstwahrscheinlich übers Jahr an einigen Straßen die EU-Grenzwerte überschritten (siehe Tabelle).

Doch das Landesamt für Umweltschutz erkannte diese Messungen nicht an, denn sie waren ja nur punktuell, an 10 bis 35 Tagen im Jahr, und damit nicht hinreichend aussagekräftig. Einen Luftreinhalteplan zu erstellen, weigerte man sich daher bei der Behörde. Immerhin hat man inzwischen erkannt, dass Messungen während des Baus der Löwenbrücke dort nicht mehr erkenntnisbringend sind und eine zweite Station an der Siechenkreuzung installiert.

Die Stadt beschloss unterdessen, den TÜV Süd mit „belastbaren Messungen“ zu beauftragen; Ergebnisse sind Ende des Jahres zu erwarten. Höchstenfalls, und deshalb auch nicht mit Zustimmung der GAL,

denn eigentlich weiß jeder um die Belastung der betroffenen Straßen. Viel wichtiger wäre es deshalb, sofort wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die dort lebenden Menschen zu schützen. Doch je länger man misst, desto mehr Zeit haben die politisch Verantwortlichen, sich um konkretes und vielleicht unpopuläres Handeln zu drücken.

Allerdings ist die Feinstaubbelastung auch nicht mal eben mit links zu reduzieren. Die Sperrung einzelner Hauptverkehrsstraßen ist kaum durchführbar. Nötig wäre ein konsequentes Verkehrskonzept, das den nicht notwendigen Verkehr aus der gesamten Innenstadt fernhält. Dazu braucht es auch keinen neuen Luftreinhalteplan, sondern nur den Griff in mehrere Rathausschubladen, wo umsetzbare Konzepte seit Jahren schlummern. Aber dazu fehlt dem Stadtrat – ebenfalls seit Jahren – der Mut.

us/sys

Messort	Messtage	Überschreitung des Grenzwerts
Marienplatz	25 Tage Feb./März 2006	an 5 Tagen
Memmelsdorfer Straße	21 Tage April/Mai 2006	an 2 Tagen
Friedrichstraße	30 Tage Juli/Aug./Sept. 2006	an 3 Tagen
Kapuzinerstraße	17 Tage im Okt. 2006	an 8 Tagen
Luitpoldstraße	35 Tage im Nov./Dez. 2006	an 7 Tagen
Siechenscheune	23 Tage im Feb. 2007	an 4 Tagen

Feinstaub

Die feinen Partikel kommen in der Luft vor, die mit Dieselruß, Baustaub oder Abgasen belastet ist. Hauptursachen sind Industrie, Heizungen und Verkehr.

Gefahren

Die Staubteile sind mikroskopisch klein und gelangen ungehindert in die Lunge, wo sie Entzündungen, Asthma, Wucherungen und Krebs auslösen, in hohen Konzentrationen sogar zum Herzinfarkt führen können.

Grenzwert

Seit Januar 2005 darf nach einer EU-Richtlinie die Konzentration von Feinstaub eine Menge von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Tagesmittel nicht öfter als an 35 Tagen im Jahr überschreiten.

Viele Parkplätze sind fehl am Platz

Hohe Summen wurden in ein Parkleitsystem investiert – Preisgünstigere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Innenstadt warten aber seit Jahren auf ihre Umsetzung

Das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt wird wesentlich von dem Verkehr geprägt, der dort auch parken will. Doch trotz größtenteils leer stehender P&R-Plätze am Stadtrand wird der Verkehr noch immer mitten in die City gelockt, um dort als Parksuchverkehr Menschen,

werden vor allem ortsunkundige AutofahrerInnen „gezielt“ an den P&R-Plätzen und dann am nächstgelegenen Parkhaus vorbei geleitet, quer durch die City, hin zum sogenannten „Zentrum“, wo natürlich jeder am liebsten sein Fahrzeug platzieren möchte.

Handeln und ein Gesamtkonzept für die Attraktivität der Innenstadt dringend notwendig. Der VEP sieht vor:

- weniger Kurzparken in der Kernstadt
- städtebauliche Umgestaltung von Plätzen (südliche und nördliche Promenade, Heinrichstraße, Maxplatz), Ziel: mehr Aufenthaltsqualität, weniger öffentliche Parkplätze
- intensivere Parkraumbewirtschaftung in der Parkzone II (= fußläufige Entfernung von 5 bis 10 Gehminuten rund um den Maxplatz)
- Ausdehnen der Parkraumbewirtschaftung in der Parkzone III
- Neuregelung der Parkgebühren: P&R-Nutzung sowie ÖPNV müssen preisgünstiger sein als Parken direkt in der Innenstadt
- Einführung einer Besucherkartenregelung für private Besucher von Anwohnern
- weniger Dauer- und Langzeitparker in den öffentlichen Parkhäusern und Tiefgaragen
- weniger ausgewiesene Parkplätze auf Gehwegen
- Umwandlung von öffentlichen Parkplätzen in Parkplätze für Anwohner, mobilitätseingeschränkte Personen und Wirtschaftsverkehr

Doch ganz im Gegensatz zu diesen vom Stadtrat beschlossenen (!) Maßnahmen und dem ebenfalls beschlossenen (!) Grundsatz kommen bereits erste Forderungen eben derselben Stadtratsfraktionen, das Parkraumangebot noch weiter auszuweiten, z.B. durch eine Tiefgarage unter dem Schönleinsplatz.

sys



Das PLS treibt seltsame Nebenblüten. Am Schönleinsplatz weist ein Schild freie Parkplätze in der Geyerswörth-Tiefgarage an. Weder das Schild noch die Tiefgarage gehören zum städtischen PLS. Und von „dynamisch“ keine Spur, das Schild ist gedruckt und zeigt immer 138 Plätze an. Ein echter Fake.

Gebäude, Luft und Atmosphäre zu belasten.

Der jüngste verkehrspolitische Schuss in den Ofen war das Dynamische Parkleitsystem – vom Einzelhandel lautstark gefordert und von der Stadtratsmehrheit mit sage und schreibe 600.000 Euro brav finanziert. Seit kurzem also tun die teuren PLS-Anzeigetafeln rund um die Uhr kund, dass praktisch immer in allen Parkhäusern und Tiefgaragen noch Plätze frei sind. Aber nicht nur das, leider

Fazit: Es ist sogar noch schlimmer, als die GAL befürchtet hatte. Das PLS ist nicht nur eine finanzpolitische Fehlinvestition, die überflüssige Informationen liefert, es ist auch ein verkehrspolitischer Bumerang, weil der Parksuchverkehr eben nicht verringert, sondern eher noch „unter Anleitung“ angeregt wird.

Während man Hunderttausende Euros für schicke, aber missratene Elektronik ausgegeben hat, liegen viele andere gute Maßnahmen in der Schublade und warten seit Jahren auf ihre – weitaus preisgünstigere – Umsetzung. Und das, obwohl sie vom Stadtrat im Rahmen des Verkehrsentwicklungskonzepts VEP bereits 2002 mehrheitlich beschlossen wurden. Im März 2007 holte die GAL diese beschlossenen Konzeptpunkte erneut auf die Tagesordnung, doch wiederum wurden sie erst mal auf die lange Bank geschoben. Nun ist Wahlkampf, und da will sich wohl keiner mit neuen Parkierungsregelungen die Finger schmutzig machen.

Dabei wäre konsequentes

Auf eine Erweiterung des Stellplatzangebotes durch den Bau weiterer Parkhäuser innerhalb des innerstädtischen Ringes sollte ganz verzichtet werden. Das Stellplatzangebot würde zusätzlichen mIV (motorisierten Individual-Verkehr, d.Red.) in die bereits jetzt hochbelasteten Innenstadtstraßen ziehen und würde der Zielsetzung, Förderung des Umweltverbundes und Reduzierung des mIV, widersprechen. Verkehrsentwicklungsplan, endgültige Fassung vom 28.11.2002, Seite C-57

Jeder Autofahrer erwartet drei Parkplätze: Zuhause, am Arbeitsplatz und einen dritten schließlich dort, wo er gelegentlich parken will. Unterschiedliche Lösungsstrategien bewegen sich zwischen den Extremen rigoroser Parkplatzverknappung und großzügiger Parkflächenerweiterung. Jedoch gilt: „Parkplätze bauen ist wie Tauben füttern, es kommen immer mehr.“

Verkehrsentwicklungsplan, endgültige Fassung vom 28.11.2002, Seite C-55

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt!

SCHUH-LECHNER

Bei uns erhalten Sie *-natürlich bequem!*

Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76

Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

NAH- UND FERN UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufzug
96052 · Gundelshamer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40



Freitag, 5.10.2007, 14.45 Uhr



Mittwoch, 10.10.2007, 18.15 Uhr



Samstag, 6.10.2007, 14.30 Uhr



Donnerstag, 11.10.2007, 12.10 Uhr



Sonntag, 7.10.2007, 10.30 Uhr



Samstag, 13.10.2007, 10.50 Uhr



Montag, 8.10.2007, 18.00 Uhr



Sonntag (verkauft), 14.10.2007, 16.10 Uhr

Wann auch immer man auf die Anzeigetafeln des Parkleitsystems schaut – sie haben immer nur eine Botschaft: Es sind noch Parkplätze in der Innenstadt frei! Für 600.000 Euro eine ziemlich teure Auskunft. Hier die Anzeigetafel am Schönleinsplatz. Fotos: sys

Kaum einer nutzt das PLS

Eine von der Stadt in Auftrag gegebene Untersuchung des Instituts GEOPLAN in Zusammenarbeit mit Prof. Monheim zeitigte niederschmetternde Ergebnisse für das PLS. Rund 800 Personen aus Stadt und Landkreis Bamberg – per Zufallsstichprobe ausgewählt – füllten Fragebogen aus. 91 % der BambergerInnen und 81 % der LandkreisbewohnerInnen gaben an, bei ihrem letzten Innenstadtbesuch das PLS nicht genutzt zu haben. Und das obwohl fast allen das PLS bekannt ist – nur 2 % bzw. 6 % kannten bei der Befragung das PLS nicht.

Kartoffeln schälen in der Demenz-WG

Demente alte Menschen brauchen ein Lebensumfeld, das zu ihnen passt – Deshalb soll in Bamberg eine Wohngemeinschaft für Menschen, die an Demenz erkrankt sind, gegründet werden – Die 99Z im Gespräch mit den Initiatorinnen Silke Kastner und Anja Münzel

Frau B. spricht nicht mehr, sie kann nicht sagen, was sie will oder nicht will, und sie kann kaum auf Äußerungen anderer reagieren – aber sie singt, die Lieder aus ihrer Kindheit, und das mit Inbrunst. Herr W.

alten Leute werden versorgt, aber es ist keine Zeit da, um auf ihre besonderen Bedürfnisse einzugehen – in einem so großen Heim ist das einfach nicht möglich.“

Ein würdiges Leben im Alter

meinschaft tun sich hier mehrere Menschen zusammen, die gemeinsam in einer Wohnung leben. Sie teilen sich Küche und Bad, jeder hat sein eigenes Zimmer mit eigener Einrichtung, man bezahlt gemeinsam die Miete, und am Klingelschild stehen die Namen von allen WG-BewohnerInnen.

Die Demenz-WG ist allerdings rund um die Uhr betreut: Mindestens eine Altenpflegefachkraft und eine Hilfskraft sind tagsüber da, nachts hält eine Betreuungsperson die Stellung, unterstützt von einem jederzeit abrufbaren Notdienst. Denn in der Demenz-WG leben BewohnerInnen, die Hilfe brauchen, um ihr Leben zu meistern. Man muss sie aufs Klo führen, weil sie es von selbst vielleicht nicht finden. Man muss ihnen die Gabel in die Hand drücken und sie immer wieder zum Essen auffordern. Und man muss ein bisschen auf sie aufpassen, denn wenn sie die Wohnung allein verlassen, verlaufen sie sich und finden nicht mehr zurück.

Doch in einer kleinen Lebensgemeinschaft von 6 bis 10 BewohnerInnen kann man an-

auch mit Demenz noch gerne in der Küche betätigen, Kartoffeln schälen, Gemüse putzen oder spülen.“ In einer WG werden diese individuellen Fähigkeiten erhalten und auch genutzt. „Hier kann jeder einzelne am Alltag teilhaben und mitmachen, wo er kann und will“, bestätigt Anja Münzel. Wer gerne Wäsche zusammenlegt, kann das tun – wenn er möchte, dasselbe Stück 20 mal. Wer gerne kehrt, hält den Fußboden sau-

gewohnheiten – desto mehr kann man ihnen auch in der WG ein Zuhause bereiten, in dem sie gerne leben.

Doch wie ist so eine Demenz-WG konkret organisiert? Da demente Menschen in der Regel nicht mehr geschäftsfähig sind, müssen ihre Angehörigen bzw. eine Betreuungsperson dies für sie übernehmen. Sie mieten die Wohnung und regeln die Geschäfte – vom Telefonanschluss bis zu den Heizkosten. Sie erarbeiten gemeinsam eine Hausordnung für die Wohnung, entscheiden darüber, wer neu in die Wohnung aufgenommen wird, lösen kleinere Probleme, wie es sie in WGs nun mal gibt, oder planen gemeinsame Aktivitäten wie Feste und Ausflüge. Meist, so schildert Anja Münzel, die ihre Diplom-Arbeit über Wohnformen im Alter geschrieben hat, wird dazu ein Verein gegründet, der von den Angehörigen und weiteren Unterstützern getragen wird.

Für die alltägliche Betreuung der BewohnerInnen wird von der WG bzw. dem Verein ein gemeinsamer Pflegedienst beauftragt. Dabei sollten die Präsenzkräfte, also die dauernd anwesenden, möglichst gleichbleibende Personen sein. Für weitergehende Pflegemaßnahmen, wie Verbände-Anlegen, Spritzen usw. kommt – je nach Bedarf der einzelnen BewohnerInnen – ein zusätzlicher ambulanter Dienst ins Haus.

Gezahlt werden die Pflegeleistungen über die Pflegeversicherung, je nach Einstufung der einzelnen BewohnerInnen, oder über die Krankenkasse. „Billiger als eine Heimunterbringung ist eine solche WG nicht“, betont Kastner, um keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen. „Aber die Qualität ist eine andere – individueller und menschlicher.“

Die Nähe zu den Angehöri-

Die vom Bundeskabinett beschlossene Pflegereform schafft bald bessere Bedingungen für Alten-WGs. Künftig können mehrere Pflegebedürftige ihre Leistungsansprüche in einen Topf werfen und dann gemeinsam einen Pflegedienst beauftragen.

gen sei eine wesentliche Säule von Demenz-WGs, unterstreichen die beiden Initiatorinnen. Die Familien der BewohnerInnen tragen von Anfang an alle Entscheidungen. „Eine WG ist eine Entlastung für die Familie, weil sie einerseits die oft nervenaufreibende Dauerbelastung der Pflege zuhause nicht tragen muss, andererseits aber weitestmöglich Einfluss auf den Alltag des dementen Angehörigen nehmen und sich auch jederzeit einbringen und in der WG mithelfen kann.“

Dass der Bedarf nach einer Demenz-WG in Bamberg vorhanden ist, da sind sich Silke Kastner und Anja Münzel sicher. Und sie glauben auch, bald weitere engagierte MitstreiterInnen zu finden, die sich bei einer Vereinsgründung einbringen – und natürlich Familien mit dementen Angehörigen, die in einer WG eine lebenswerte und für sie passende Wohnform sehen.

sys

Kontakt über Silke Kastner:
Tel.: 0951/290392,
mail: taksim@t-online.de



Silke Kastner

Foto: sys

erkennt niemand mehr, aber er lacht jeden freundlich an und drückt auch jedem die Hand, bevorzugt setzt er sich die Brillen anderer Leute auf die Nase, obwohl er damit bestimmt nicht besser sieht. Frau L. sitzt ratlos vor einem Glas Wasser und weiß nichts damit anzufangen – sie hat einfach vergessen, wie das geht: trinken. Herr M. weigert sich, das Badezimmer mit den dunklen Bodenfliesen zu betreten, sie stellen für ihn eine Bedrohung dar – aber wenn man einen Teppich darüber legt, dann geht's.

Demenz zeigt sich bei jedem Menschen anders – das weiß die 35-jährige Krankenschwester und Altenpflegerin Silke Kastner. Und deshalb muss ihrer Ansicht nach auch jeder demente Mensch besonders und wie ein Individuum behandelt werden. Dass das in Pflegeheimen meist nicht möglich ist, diese Erfahrung hat sie selbst gemacht, als sie in einer beschützenden Einrichtung für demente alte Menschen arbeitete. „Die

stellt Silke Kastner sich anders vor, und hat in Anja Münzel, selbst Krankenschwester und Sozialpädagogin, eine Mitstreiterin gefunden. Zusammen mit einer dritten Kollegin, Manuela Distler, wollen sie in Bamberg eine Demenz-WG gründen, die alten Menschen mit Demenz mehr als Unterbringung bietet – sie soll ein richtiges Zuhause sein.

„Diese Menschen haben noch so viel Potenzial.“

Der Begriff „Demenz-WG“, der sich ein bisschen wie eine Kabarett-Pointe anhört, ist ebenso wörtlich wie ernst gemeint: Demenz-WGs gibt es mittlerweile überall in Deutschland. Mehr als 100 davon allein in Berlin, allerdings noch recht wenige in Bayern. Ganz wie in einer richtigen Wohnge-

meinschaft mit den Menschen umgehen als in einer großen Heimeinrichtung. Davon sind Silke Kastner und Anja Münzel überzeugt, und haben das bei vielen Besuchen in Demenz-WGs in anderen Städten auch so erlebt. „Die Menschen haben so



Anja Münzel

Foto: sys

viel Potenzial – das glaubt man gar nicht“, sagt Silke Kastner. „Wenn eine alte Frau früher ihr Leben lang für die Familie gekocht hat, dann wird sie sich

nur zwischen 8 und 9 Uhr erlaubt.“ Auf diese Weise würden die Menschen viel zufriedener – und das macht auch das Zusammenleben untereinander wieder leichter. Untersuchungen haben ergeben, dass in Demenz-WGs weniger Psychopharmaka verabreicht würden und weniger Aggression entstehe.

Wichtig ist laut Silke Kastner die Biographie-Arbeit: „Erinnerungen, Gewohnheiten und Fähigkeiten aus der Vergangenheit sind bei dementen Menschen vorhanden und müssen aktiviert werden, damit sie ein glückliches Leben führen können.“ Hier kommen dann auch die Angehörigen ins Spiel. Je mehr man über das frühere Leben der Menschen weiß – über Alltag, Hobbys, Beruf, Lebens-

„Im Interesse der Betroffenen entscheiden die Angehörigen immer mit.“

viel Potenzial – das glaubt man gar nicht“, sagt Silke Kastner. „Wenn eine alte Frau früher ihr Leben lang für die Familie gekocht hat, dann wird sie sich

Was ist Demenz?

Unter dem Begriff Demenz versteht man den Verfall der geistigen Leistungsfähigkeit. Vor allem die Gedächtnisleistung und das Denkvermögen nehmen ab. Betroffene haben Schwierigkeiten, neue gedankliche Inhalte aufzunehmen und wiederzugeben. Beeinträchtigt werden die Orientierung (Wo bin ich? Was passiert gerade?) und Urteilsfähigkeit. Später lassen das Sprach- und Rechenvermögen nach und Teile der Persönlichkeit werden zerstört. Alltagsaktivitäten wie Waschen, Kochen oder Einkaufen gelingen nur eingeschränkt und im weiteren Verlauf oft gar nicht mehr. Die Betroffenen können aggressiv, depressiv oder in ihrer Stimmung sprunghaft sein. Die häufigste Form ist Alzheimer. Etwa 8 bis 13 Prozent aller Menschen über 65 Jahre leiden unter einer Demenz; bei den über 90-Jährigen sind es sogar 40 Prozent. Nach Schätzungen leben in Deutschland über 1 Million Menschen mit Demenz. Sie ist der häufigste Grund für die Einweisung in ein Pflegeheim.

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE

Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

Gibt es nur gegen Aufpreis in grün,
ist aber dennoch besonders öko.



Das T-300 der Fahrradmanufaktur hat sich einen Platz in den EcoTopTen gesichert. Diese Auszeichnung steht für dauerhafte Zuverlässigkeit, Wartungsarmut, hohes Sicherheitsniveau und einfache Bedienung. (www.ecotop10.de)

Kurz: Das T-300 ist ein perfektes Alltagsrad, das man auch mal mit auf Tour nehmen kann.

radladen
Bamberg

Besonders im Herbst wichtig: Die Lichtanlage von Busch und Müller mit Nebendynamo ist besonders zuverlässig, auch bei feuchtem Wetter. Zudem bieten Öldruckbremsen von Magura jederzeit ein Maximum an Sicherheit.

Einziges Highlight: Serienmäßig gibt es das T-300 nur in schwarz und hellblau – grün kostet hingegen Aufpreis. Besuchen Sie uns dennoch zu einer unverbindlichen Probefahrt!

Markusstraße 12 | 0951 - 57853
(ehemalige Räume Möbel Müller)
www.rادلaden-bamberg.de

Geschlechterkampf ums Geld?

Wenn Männer lieber Straßen bauen und Frauen mehr VHS-Kurse besuchen, sind das Fälle für „Gender Budgeting“

Im postemanzipatorischen Zeitalter steht Gender Mainstreaming auf dem Programm. Das ist nicht etwas „anderes“ als Frauenpolitik, sondern etwas „mehr“. Denn im Mittelpunkt steht nicht (nur) Frauenförderung, sondern die Gleichstellung der Geschlechter. Mit Reformbemühungen um modernere Haushalte kommt nun auch das Gender Budgeting auf die Tagesordnungen der PolitikerInnen – und damit Fragen wie: Welche Folgen haben Geldausgaben der öffentlichen Hand für Frauen und Männer? Auch in Bamberg – zumindest sollte das so sein ...

Was haben der Bau der Kronacher Straße und Fahrpreiserhöhungen bei den Bamberger Verkehrsbetrieben eigentlich mit Gleichstellung zu tun? Es handelt sich doch eindeutig um verkehrs- und allenfalls umweltpolitisch relevante Entscheidungen.

Klar, aber man kann sich schon auch überlegen, welche Auswirkungen auf Männer und Frauen sich daraus ergeben. Statistisch gesehen nutzen Männer das Auto mehr als Frauen, profitieren deshalb auch mehr vom Straßenbau, sprich der Kronacher Straße. Demgegenüber machen Frauen zum weitaus größeren Teil die NutzerInnen des ÖPNV aus und haben hier zwangsläufig auch die Nachteile von höheren Fahrpreisen zu tragen. Diese Erkenntnis spricht zwar noch nicht auto-

matisch für oder gegen die Kronacher Straße oder Fahrpreiserhöhungen, aber sie wirft doch immerhin einen interessanten Blickwinkel auf fiskalische Entscheidungen einer Kommune.

Der Blickwinkel hat einen Namen: Gender Budgeting. Die Methode des Gender Budgeting will aus der Geschlechterperspektive dafür sorgen, dass Gelder gerechter verteilt werden, und die damit verbundenen unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen analysieren. Gender Budgeting stellt Fragen wie: Wie verteilen sich Ausgaben und Einnahmen eines Haushalts auf die Geschlechter? Ziehen eher Männer oder Frauen daraus einen Nutzen? Treffen Einsparungen eher Männer oder Frauen? Werden Diskriminierungen vergrößert oder verkleinert?



Die Stadt Wien hat Schilder „gegendert“.



Umsetzung + Fotos: Chrigel Ott

Wie beeinflusst Haushaltspolitik die Geschlechterrollen?

Beim Gender-Budgeting werden solche Fragen konsequent bei der Aufstellung des Haushalts mitgedacht und Haushaltsausgaben nach diesem Prinzip analysiert. Sollten sich Schräglagen zwischen den Geschlechtern geben, so sind angemessene Reaktionen darauf zu suchen. Die wiederum müssen jedoch nicht unbedingt haushaltspolitisch sein.

Mehr Männer beim Sport – mehr Frauen in der VHS

Wenn beispielsweise in Volkshochschulen der Frauenanteil unter den KursbesucherInnen regelmäßig wesentlich höher liegt als der Männeranteil, so heißt das freilich nicht, dass man schleunigst die Zuschüsse der Volkshochschule kürzen sollte. Aber möglicherweise ist es an der Zeit, Angebot, Außenwirkung und Werbung dieser Bildungseinrichtung grundsätzlich vor diesem Hintergrund zu überdenken. Ähnliches gilt für die Bezuschussung von Sportvereinen, wo männer- und jungendominierte Sportarten wie Basketball, Fußball oder Leichtathletik am meisten Geld abgrasen. Eine Antwort wäre, über Sportförderlinien mehr frauen- und mädchen-gerechte Angebote in diesen Sportarten zu fördern. Es könnten aber schlichtweg auch mehr Zuschüsse auf Bau und Unterhalt von Reitwegen oder Tanz-

und Gymnastikhallen (eben Frauen-Sportarten) verlagert werden.

Insbesondere bei Ausgabenkürzungen ermöglicht Gender Budgeting eine wichtige Perspektive. In der Regel geht es dabei darum, dass Dienstleistungen oder Unterstützungen des Staates oder der Kommune heruntergefahren und von der Gesellschaft aufgefangen werden – in aller Regel in Familienarbeit und ehrenamtlicher Arbeit. Studien machen deutlich, dass hier tatsächlich die deutlichsten Ungerechtigkeiten zu Ungunsten von Frauen festzustellen sind, da sie die meiste unbezahlte Arbeit übernehmen. Sparmaßnahmen bei Kindertagesstätten führen etwa zu engeren Öffnungszeiten, so dass Eltern mehr Betreuungszeit selbst übernehmen müssen – und dies sind zumeist die Mütter. Wenn dadurch zum Beispiel eine allein erziehende Mutter schlechtere Möglichkeiten hat, ihren Beruf auszuüben, so ist sie in höchstem Maße benachteiligt. Natürlich gilt das ebenso für den allein erziehenden Vater – davon gibt's nur einfach viel weniger.

Frauen leisten mehr unbezahlte Arbeit

Auch die umgekehrte Betrachtungsweise hilft weiter: Es sind vor allem Frauen, die sich um alte und pflegebedürftige Menschen kümmern. In ihrer Ehe sind sie meist die jüngeren, die ohnehin noch eine höhere Lebenserwartung haben als ihre Männer. Und auch als Witwen, die noch in den eigenen vier Wänden leben, werden sie zum größten Teil von Töchtern und Schwiegertöchtern versorgt, bekoht und mit Hilfen wie Saubermachen, Waschen usw. unterstützt. So gesehen kommt ein möglichst flexibles und bedarfsorientiertes Hilfesystem aus ambulanten Pflegedienstleistungen und Haushaltshilfen insbesondere Frauen zugute – sowohl den pflegebedürftigen als auch den pflegenden. Jede staatliche Förderung für so ein Hilfesystem trägt also dazu bei, geschlechterspezifisch einseitig verteilte Belastungen auszugleichen.

Oft ist der Nutzen auch vielfältig zu betrachten. Es sind z.B. mehr Jungen als Mädchen, die von Schulsozialarbeit profitieren, weil sie den größeren Teil der „problematischen“ SchülerInnen ausmachen. Doch wenn ihnen geholfen wird, mit ihrem Alltag und in der Schule besser zurecht zu kommen, werden auch Familien entlastet – und hier vor allem die Mütter, die am meisten Erziehungsarbeit leisten.

Dass die Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit meistens zuungunsten der Frauen ausfällt, liegt natürlich auch daran, dass in den entscheidungsbefugten und Gelder verteilenden politischen Gremien vor allem Männer sitzen. So dominiert fast automatisch ein eher an männlichen Bedürfnissen ausgerichteter Blickwinkel. Der Ansatz des Gender Budgeting verlangt deshalb auch eine ausgeprägte Information und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Haushaltsaufstellung – auch mit dem Ziel, so wichtige Entscheidungen wie die Ausgaben des Staates transparent für alle zu gestalten und möglichst vielen Bevölkerungsgruppen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Gender Budgeting von Europa bis Bamberg

Gender Budgeting ist theoretisch weit gedacht, steckt aber in der Praxis noch in den Kinderschuhen. Mittlerweile entspricht es auf allen politischen Ebenen der aktuellen Beschlusslage – zumindest auf dem Papier. Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün im Jahr 2002 wurde Gender Budgeting als Teil des Gender Mainstreaming ausdrücklich festgelegt. Zuständig ist seit der Bundesfamilienministerium. Zwei Ministerratsbeschlüsse der Bayerischen Staatsregierung aus demselben Jahr legten eine „geschlechtersensible Sichtweise“ für alle landespolitischen Entscheidungen fest. Und auch die EU hat sich Gender Budgeting seit 2002 auf die Fahnen geschrieben.

Und in Bamberg?

Die GAL hat im Jahr 2005 einen ersten behutsamen Vor-

stoß in diese Richtung unternommen, wohl wissend, dass Gleichstellung im Rathaus eher unter dem Motto „Feigenblattpolitik“ läuft. Die Grünen beantragten zunächst einmal nur, dass die Gleichstellungsbeauftragte den Stadtrat über das Konzept des Gender Budgeting informiert. Der damals noch amtierende Oberbürgermeister Herbert Lauer musste dies jedoch ablehnen: Die Gleichstellungsbeauftragte fühlte sich

Zusammensetzung des Bamberger Stadtrates:

10 Frauen, 34 Männer, davon:
CSU 4 Frauen, 15 Männer
SPD 3 Frauen, 6 Männer
GAL 3 Frauen, 3 Männer
FW/BR: keine Frau, 4 Männer
Die Bamberger: keine Frau, 4 Männer
außerdem zwei fraktionslose Männer (BBB, Rep)
Finanzsenat:
2 Frauen, 16 Männer

damit überfordert. Daraufhin schlug die GAL-Fraktion (nicht wirklich verwundert über diese Antwort) vor, eine/n externe/n Fachmann/frau dafür zu engagieren – seither wartet der Antrag auf weitere Behandlung. Als schwungvoll kann man das Gender-Bewusstsein des neuen Oberbürgermeisters Andreas Starke also auch nicht gerade bezeichnen. Aber oft gehen die Uhren in Bamberg ja etwas langsamer als anderswo ...

sys

Gender (engl.) bezieht sich auf die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern.

Unter Gender Mainstreaming versteht man, dass bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen sind, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Gender Budgeting betrachtet und gestaltet in diesem Rahmen vor allem die finanzpolitischen Auswirkungen.



Pamina.
Inh.: Katharina Müllerschön
Austraße 14. Bamberg. Tel.: 50 99 399

GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

Ökologische Farben, Putze & Dämmstoffe aus einer Hand

Geisfelder Straße 8 • 96123 Litzendorf
Tel: 09505/6173 • Fax: 09505/95 01 33

Das neue digitale Kopier- & Druckzentrum

COPY SHOP

COPY-Sparkarte für 2000 Kopien DIN A4 80 g weiß bis 15.11.07

54,90

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg (im ehemaligen Bürozentrum Kutz)
Tel. 0951-982120, Fax 9821233
info@copy-shop-bamberg.de
tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr
Notdienst Telefon 0170 -6163532

Die mageren Jahre sind vorbei!

Während die GAL Bamberg nun schon seit 1983 in Bamberg existiert und seither kontinuierlich wächst, geht es bei der „Grünen Jugend Bamberg“ etwas bewegter zu. Wegen Schul- und Studienabschlüssen, Auslandsaufenthalten und Umzügen in andere Städte gab es immer wieder Wechsel, Auflösungen und Neugründungen. Doch nach einer längeren Durstphase meint nun eine junge engagierte Gruppe: Die mageren Jahre sind vorbei!



Die Grüne Jugend Bamberg v.l.n.r.: Isabel Schmuck, Mareike Reichl, Svenja Fluhrer und Angela Flügel.
Foto: doro

Im Juni haben Angela Flügel, Isabel Schmuck, Mareike Reichl und Svenja Fluhrer (alle zwischen 13 und 14 Jahren) die „Grüne Jugend Bamberg“ wieder zu neuem Leben erweckt – die 99Z hat sie interviewt.

99Z: Wie kam es dazu, dass ihr Vier wieder frischen Wind in die GJB gebracht habt?

GJB: Wir haben zuvor schon Schulpolitik betrieben, hatten auch alle Wahlfach „Politik“. Der Folgeschritt darauf war, sich nun auch parteipolitisch zu engagieren, da man so seine Meinung auch besser öffentlich vertreten kann. Außerdem hat man hier ein breiteres Feld und wir bleiben nicht bei der Schulpolitik stehen. Die Grünen stehen uns mit ihren Inhalten am nächsten.

99Z: Oft ist gerade unter Jugendlichen Politik vollkommen out und als furchtbar langweilig verschrien. Inwiefern seht

ihr das anders?

GJB: Ganz einfach, weil wir etwas verändern wollen, da wir mit den jetzigen Zuständen unzufrieden sind. Als konkretes Beispiel ließe sich an dieser Stelle das G8-Schulsystem nennen.

Wir wollen mehr mitbestimmen. Demokratie ist eine Bürgerpflicht.

99Z: Euer politisches Leitbild in kurzen Worten.

GJB: Sehr wichtig ist uns natürlich die Schulpolitik, weil sie eben in unserem persönlichen Umfeld eine sehr große Rolle spielt. Wir wünschen uns mehr Demokratie in der Schule, mehr Mitbestimmung, andere Unterrichtsformen, sprich weniger Frontalunterricht, mehr Zeit zum Lernen, individuelle Förderung durch kleinere Klassen. Außerdem wünschen wir uns Gesamt- und Ganztagschulen, natürlich nur Hand in Hand mit einem neuen Schulsystem.

99Z: Konkrete Aktionen?

GJB: Zunächst wollen wir z.B. an Ständen in der Stadt und bei Veranstaltungen präsent sein und aufklären. Wir wollen viel diskutieren und informieren und Leute animieren, sich selbst einzubringen.

Konkret würden wir zum

Beispiel gerne Ökopapier-Hefte in der Schule verkaufen. Wir wollen es aber erstmal langsam angehen lassen, damit auch die neuen Mitglieder noch an den Entscheidungen und Planungen mitwirken können. Ohne uns haben wir mittlerweile schon 7 Leute, die auf jeden Fall mitmachen wollen!

99Z: Wie steht es um den Kontakt und die Zusammenarbeit mit „Alt-Grün“?

GJB: Das klappt sehr gut, wir waren schon bei mehreren Festen und Ständen. Außerdem haben wir den Schlüssel zum KV-Büro bekommen, so dass wir diese Räumlichkeiten für unsere Treffen nutzen können. Wir fühlen uns gut unterstützt.

99Z: Was müchtet ihr den potentiellen Neumitgliedern auf den Weg geben, die dieses Interview gelesen haben?

GJB: Politik geht jeden an. Jeder sollte sich informieren und engagieren. Wir sind schließlich Bayerns Zukunft. Wenn wir nichts daraus machen, wer sonst? Jeder soll seinen Weg gehen und sich nicht sagen lassen, dass er für irgendetwas zu jung wäre.

doro

99Z euse
was Sie im FT nicht lesen können

Neue Pläne – neue Maßstäbe

Seit sieben Jahren steht das Stadtbad neben dem Schloss Geyerswörth nun schon leer – kein Schwitzen, kein Baden, kein Relaxen mehr mitten in der Innenstadt. Und das wird es auch in Zukunft nicht geben, denn die Stadt steuert nun zielgerichtet auf eine Neunutzung zu – als zusätzliche Räume für den benachbarten Tourismus und KongressService TKS. Ein Raumprogramm wurde bereits vorgelegt, Architekturplanung und erste Ingenieurleistungen in Auftrag gegeben. Doch bei näherer Betrachtung der ganzen Entwicklung seit 2007 vermögen die jetzigen Planungen für das Stadtbad doch einigermaßen erstaunen.

Rückblick: Nach Betriebs-einstellung des letzten Stadtbad-Pächters meldeten sich zwei Interessenten für eine grundlegende Sanierung. Beide waren bereit, die Auflage der Stadt – das Stadtbad

als Sauna zu erhalten – zu erfüllen. Einer wollte ein kleines Wellness-Zentrum anlegen, mit Sauna, Solarium und Gastronomie. Der andere hatte ein Konzept für Sauna und Physiotherapie erarbeitet. Die folgenden Jahre waren ein einziges Hin und Her – zahlreiche Uneinigigkeiten mit Stadtverwaltung und Stadtrat zogen sich durch die Verhandlungen mit den Investoren. Schließlich sprangen beide nacheinander ab.

Wesentliche Streitpunkte waren in beiden Fällen die von den Investoren geplanten Erweiterungsbauteile im rückwärtigen Teil des Gebäudes und die Dachausbauten bzw. Dachnutzung – Pläne, denen die Stadt damals nicht zustimmen wollte. Doch beide Investoren hielten es für unumgänglich, die Nutzfläche zu vergrößern, um eine Sauna wirtschaftlich betreiben zu können – und das war ja die

Auflage der Stadt für die Nutzung des Stadtbads.

Doch dann stellte der TKS seinen Plan vor, in dem städtischen Gebäude in seiner unmittelbaren Nachbarschaft ein neues „Besuchszentrum“ mit Gastronomie einzurichten – und hatte Erfolg bei der Stadtratsmehrheit. Was man von privaten Käufern kompromisslos erwartet hatte – das Stadtbad als öffentliche Sauna zu erhalten – war bei dem stadtinternen Vorhaben plötzlich nicht mehr so relevant.

Und nicht nur das. Auch der TKS plant beträchtliche An- und Ausbauten: eine rückwärtige Erweiterung und eine Erhöhung der beiden Seitenflügel. Rund 900 m² Nutzfläche hat sich das TKS vom Stadtrat gewünscht und – im Gegensatz zu den Sauna-Investoren, die in gleichem Ausmaß erweitern wollten – auch bekommen.

sys

Aufsichtsreiche Zusatzverdienste

Dass man sich über Mitgliedschaften in Aufsichtsräten ein nettes Zubrot verdienen kann, ist bekannt. Und wenn man sich etwas bescheidener gibt als die Herren Ackermann und Sommer, dann ist auch auf der kommunalen Ebene der eine oder andere Euro zu holen – sowohl für StadträtInnen als auch für „Männer der freien Wirtschaft“. Das wird freilich gemeinhin gerne geheim gehalten – denn Aufsichtsräte haben den hartnäckigen Ruf, sich leichtes Geld auf Kosten der Allgemeinheit zu verdienen.

Das muss nicht zwangsläufig so sein, und sicher gibt es faule Abnicker ebenso wie gestaltungs- und kritikfreudige Aufsichtsratsmitglieder. Will man jedoch in Zeiten der Privatisierung Einfluss nehmen, kommt man um GmbH-Gremien kaum herum. Auch die GAL-Stadtratsfraktion nutzt Aufsichtsratsmitgliedschaften, um ihre politischen Ideen einzubringen. Lange Zeit wurde die GAL-Stadtratsfraktion bei den GmbHs außen vor gelassen, aber mittlerweile kann man die 6 grünen Stadtratsmandate nicht mehr so leicht umgehen. Allerdings tritt die GAL seit jeher vehement für weitestmögliche Öffentlichkeit der bisher nur hinter verschlossenen Türen diskutierten GmbH-Interna ein.

Und dazu gehören nach

Meinung der 99Z auch Informationen darüber, wie viel die Leute verdienen, die im Namen der Bevölkerung Kontrolle über städtische Unternehmen ausführen sollen. Hier also die Zahlen, soweit sie der GAL bekannt sind, denn wie gesagt, Zusatzverdienste sind eigentlich „Verschlussache“.

Die Aufsichtsräte werden überraschend unterschiedlich entlohnt. Am „Jumpsiten“ geht es bei der Stadthalten GmbH zu: nur 25 Euro pro Sitzung. Bei der Landeshausbau GmbH erhält man 100 Euro pro Sitzung, die Sozialstiftung zahlt 200 Euro. Die Stadtbau GmbH entschädigt ihre Aufsichtsräte wiederum monatlich – mit 150 Euro pro Monat.

Deutlich besser verdient man dann schon bei den Stadtwerken, wo StadträtInnen gleich in mehreren Gremien sitzen. Nur die Gesamtausgaben sind uns hier bekannt: 53300 Euro verteilen sich jährlich auf 9 bis 11 Personen. Aber richtig lukrativ wird's dann im Sparkassenverwaltungsrat: 770 Euro werden den Verwaltungsräten monatlich aufs Konto überwiesen.

Den Stadtratsmitgliedern in den Aufsichtsräten sind allerdings finanzielle Obergrenzen gesetzt: 4908 Euro, die sie pro Jahr aus Aufsichtsrats-Entscheidungen einnehmen, dürfen sie für sich behalten, alles dar-

über hinaus müssen sie an die Stadt abführen. Die 4908 Euro müssen je nach persönlicher Steuerklasse noch versteuert werden. Doch in vielen Aufsichts- bzw. Stiftungsräten gibt es auch Mitglieder ohne Stadtratsmandat, sogenannte „Männer der freien Wirtschaft“. Diese Aufsichtsratsmitglieder sind – abgesehen natürlich von ihrer Steuerpflicht – nicht in ihren Einnahmen beschränkt.

Welche Qualität die Aufsichtsratsarbeit der Aufsichtsräte hat, ist kaum bekannt, da ja alle Sitzungen nichtöffentlich sind. Ob die Aufwandsentschädigungen privat konsumiert oder etwa für wohltätige Zwecke gespendet werden, ist ebenso wenig bekannt (außer bei den GAL-VertreterInnen, die den größten Teil abgeben, um die gemeinsame politische Arbeit zu finanzieren). Und sogar die Frage, wer überhaupt wo als Aufsichtsrat mitmisch, ist nicht so einfach zu beantworten. Die Stadtratsmitglieder sind über die Homepage der Stadt leicht „dingfest“ zu machen (www.stadt.bamberg.de > Rathaus & Politik > Stadtrat & Fraktionen > Senate und Ausschüsse). Die „Männer der freien Wirtschaft“ jedoch bleiben auch im informationsfreudigen Internet lieber im Verborgenen.

sys

Die Grüne Jugend trifft sich wieder am Donnerstag, 6. Dezember 2007 im grünen Büro am Unteren Kaulberg 22.
Kontakt:
gj.bamberg@googlemail.com

Termine

Samstag, 10. November 2007, 11 Uhr:
Café Grün,
Café DaCaBo am Heumarkt

Donnerstag, 15. November 2007, 19.30 Uhr:
GAL – Plenum,
Brauereigaststätte Spezial, Obere Königstr. 10, NZ

Freitag, 16. November 2007, 16 Uhr:
Bürgertermin der GAL,
Besuch bei Chapeau Claque in der Luitpoldstraße (chem. ERTL)

Freitag, 23. Nov. 2007:
Bürgertermin der GAL, Landeshausbau vor Ort,
ab 16 Uhr Rundgang, Treffpunkt Ecke Weidendamm/Regensburger Ring, und ab 17 Uhr Gespräch im Falbootclub

Montag, 3. Dezember 2007, 17-18 Uhr:
Grünes-Polit-Rondo,
Rondo-Café am Schönleinsplatz

Freitag, 7. Dezember 2007, 16 Uhr:
Bürgertermin der GAL,
Thema „Soziale Stadt“, siehe

Tagespresse

Samstag, 8. Dezember 2007, 11 Uhr:
Café Grün,
Café DaCaBo am Heumarkt

Donnerstag, 13. Dezember 2007, 19.30 Uhr:
GAL-Weihnachtsfeier,
siehe Tagespresse

Freitag, 14. Dezember 2007, 17 Uhr:
Bürgertermin der GAL,
Besuch in der Moschee, Coburger Straße 27

Impressum

Diese Sonderausgabe der 99Z wurde von der Stadtratsfraktion der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:
Ralf Dischinger, Petra Friedrich, Herbert Mackert (mac), Sylvia Schaible (sys), Dorothea Schoppek (doro), Ursula Sowa (us)
Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia

Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de
Photos: Stephan Clemens, Herbert Mackert, Chrigel Ott, Sylvia Schaible, Dorothea Schoppek, Erich Weiß
Karikatur: Christiane Pfohlmann
Gestaltung und Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels
Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 20.000

Nr. 70 / November 2007